

Editorial von Guest Editor

Gesine Foljanty-Jost

Das vorliegende Heft bietet nach längerer Zeit einen thematischen Schwerpunkt, der auf Japan liegt, genauer gesagt auf japanischer Politik. Die Beiträge von drei Nachwuchswissenschaftlerinnen aus dem Grenzgebiet zwischen Politikwissenschaft und Japanologie beleuchten aus unterschiedlichen Perspektiven aktuelle Fragen der japanischen Innenpolitik.

Den Beginn macht ein Artikel von Karin Adelsberger über den *spillover* von Informationen, neuen Ideen und Denkanstößen von Intellektuellen auf die Reformdebatte unter Politikern. Adelsberger analysiert auf der Grundlage von Interviews mit Vertretern von NGOs, Intellektuellen und Politikern die formellen und informellen Strategien, mit denen Einfluss auf den Diskurs unter Politikern genommen werden soll. Sie zeigt, dass in Japan von Intellektuellen neben Medienauftritten vor allem persönliche Beziehungen zu Politikern, Teilnahme an privaten Studiengruppen und Netzwerkbildung als erfolgversprechend angesehen werden, um direkt Einfluss auszuüben. Strategien wie die Teilnahme an *advisory councils* oder *think tanks* bzw. Mitarbeit in NGOs scheinen nach Adelsberger demgegenüber eher ungeeignet für einen *spillover* des Diskurses unter Intellektuellen auf die Reformdebatte unter Politikern zu sein.

In dem zweiten Beitrag "Sozialstrukturelle *cleavages*, Wählerbindung und politische Repräsentation in Japan" untersucht Carmen Schmidt den Zusammenhang von Parteienentwicklung und Wahlverhalten unter Zuhilfenahme des *cleavage*-Ansatzes von Lipset und Rokkan. Sie zeigt, dass sich die traditionellen Konfliktlinien in der japanischen Gesellschaft, die bis in die frühen 70er-Jahre Wahlverhalten in Japan bestimmt haben, seither tendenziell aufgelöst haben. Sie spricht von einem "Auf-tauen" des Parteiensystems und der Wählerbindungen und einer Entkopplung von Sozialstruktur und Wahlverhalten. Da einerseits die Sozialdemokratische Partei Japans im Zuge dieser Entwicklung in die Bedeutungslosigkeit gefallen, die regierende Liberal-Demokratische Partei jedoch gleichzeitig durch Monopolisierung und Traditionalisierung von Machtstrukturen unverändert dominant sei, ist laut Schmidt im heutigen politischen System Japans eine demokratische Repräsentation zunehmend weniger gewährleistet.

Gabriele Vogt widmet sich schließlich in dem dritten Beitrag der Frage, welche Durchsetzungschancen außerparlamentarische Bewegungen im politischen System Japans haben. Sie nutzt das Konzept der kulturellen Identität, um am Beispiel der Friedensbewegung in Okinawa in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre die Chancen und Grenzen einer regionalen oppositionellen Bewegung, die sich explizit auf eine eigene kulturelle Identität stützt, zu diskutieren. Sie kommt zu dem Schluss, dass

eine eigenständige kulturelle Identität Okinawa von der Zentralregierung solange zugestanden wird, wie sie für eine Ausgrenzung funktionalisiert werden kann. Wenn sie allerdings wie im Falle der Friedensbewegung als Legitimation für den Widerstand gegen elementare nationale Interessen eingesetzt wird, reagiert die Zentralregierung mit Repression und massiver politischer Einflussnahme.

Bei den drei Artikeln handelt es sich um Beiträge, die im November 2001 in der Fachgruppe Politik im Rahmen der Jahrestagung der Vereinigung für Sozialwissenschaftliche Japanforschung zur Diskussion gestellt wurden. Mit der Aufnahme in *ASIEN* sollen sie einerseits einen Einblick in die Fachgruppenarbeit innerhalb der Vereinigung bieten. Zum anderen spiegeln sie die Arbeitsweise der heutigen Generation von JapanologInnen wider, die politikwissenschaftliches Denken und Wissen in ihre Auseinandersetzung mit Japan ganz selbstverständlich integrieren und damit eine Brücke zwischen Methodenfach und Regionalwissenschaft schlagen.